Österreichs Lohnquote im internationalen Vergleich

Thomas Delapina

1. Einleitung

Die Entwicklung der Lohnquote, also des Anteils der Einkommen der Unselbständigen am gesamten Volkseinkommen, steht nicht nur im Zentrum von Analysen der funktionellen Einkommensverteilung, sondern vielfach auch von wirtschaftspolitischen, insbesondere einkommenspolitischen Debatten. Bedingt durch die besondere Methodik des international vereinheitlichten Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist die Entwicklung der Lohnquote allerdings nur beschränkt dazu geeignet, Aufschlüsse über die Änderungen der tatsächlichen Einkommenslage der Unselbständigen zu geben. Dies gilt speziell für kurzfristige Betrachtungen, wie sie regelmäßig anläßlich von anlaufenden Kollektivvertragsverhandlungen angestellt werden. In einem ausführlichen Anhang werden diese methodischen Probleme im Detail behandelt.

Die Ursache dafür liegt im antizyklischen Verhalten der Lohnquote, das zumindest für Österreich vielfach empirisch nachgewiesen werden konnte (1): Im Konjunkturaufschwung reagieren die Unternehmensgewinne durch die Steigerung des Auslastungsgrades und das daraus resultierende Sinken der Stückkosten rasch und heftig, während die Löhne und Gehälter für die Geltungsdauer eines Kollektivvertrages weitgehend festgelegt sind. Dadurch sinkt die Lohnquote im Aufschwung. Im Konjunkturabschwung verhält es sich umgekehrt: die Kollektivverträge aus der Hochkonjunktur wirken noch weiter, der Anstieg der Unterneh-

menseinkommen wird rascher und heftiger gebremst, und die Lohnquote steigt.

Dieses antizyklische Verhalten der Lohnquote wird in Österreich noch verstärkt durch die Orientierung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik am mittelfristigen Produktivitätsfortschritt: „Relativ hohe Lohnsteigerungen in der Rezession bedeuten nochmals besonders starke Gewinnminderungen in der Flaute; andererseits ermöglichen aber auch relativ niedrige Lohnsteigerungen im konjunkturellen Auftrieb die spätere Gewinnerholung" (2).

Entsprechend dieser auf die Stabilisierung der Beschäftigung und des Preisniveaus ausgerichteten produktivitätsorientierten Lohnpolitik sowie der prinzipiell antizyklischen Natur der Lohnquote erlitt die um die Verschiebung der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote in Österreich in Boomjahren wie 1960, 1970, 1979 sowie ab 1988 deutliche Einbrüche, während sie ihre historischen Höchststände (ab 1960) gerade in den Jahren (1975, 1978, 1981) verzeichnete, als das reale Wirtschaftswachstum um oder unter Null betrug (vgl. Tabelle 1 und Abbildung 1).

Atypisch verlief in Österreich nur die erste Hälfte der achtziger Jahre, als die bereinigte Lohnquote trotz relativ schwachen Wirtschaftswachstums eine rückläufige Tendenz verzeichnete. Dies ist allerdings nicht auf eine Verschlechterung der Verteilungsposition der Unselbständigen gegenüber den Unternehmern zurückzuführen, sondern auf die Explosion der Einkünfte aus Vermögensbesitz, die ihren Anteil am Volkseinkommen von 6,1 Prozent (1980) auf 8,8 Prozent (1985) ausweiteten (zum Problem der Heterogenität der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung: siehe Abschnitt 6 sowie Anhang).

Während demzufolge die Analyse der Lohnquotenentwicklung in kürzeren Perioden kaum sinnvolle Richtlinien für die Verteilungspolitik liefert, können mittel- und längerfristige Betrachtungen – allerdings nur bei gleichzeitiger tiefergehender Analyse struktureller Entwicklungen – sehr wohl als Indikatoren für Verschiebungen der relativen Verteilungspositionen herangezogen werden. In der Theorie ist die These einer langfristigen Konstanz der funktionellen Einkommensverteilung zwar umstritten (3), hingegen konnte für Österreich eine „bemerkenswerte Konstanz" (4) der langfristigen Entwicklung der Lohnquote empirisch nachgewiesen werden (5): wird der Beschäftigungsstruktureffekt herausgefiltert (6), so zeigt sich, daß die bereinigte Lohnquote in Österreich nur in relativ engen Grenzen schwankt. Zumindest ab Mitte der fünfziger Jahre kann auch für dieses Phänomen die produktivitätsorientierte Lohnpolitik der Gewerkschaften als Erklärung dienen: Wächst der Reallohn mit der gleichen Rate wie die Arbeitsproduktivität, so bleibt auch in einer wachsenden Wirtschaft die Lohnquote konstant (7). Demzufolge verwundert es nicht, daß die bereinigte Lohnquote in Österreich nach den Boomjahren ab 1988 zu Beginn der neunziger Jahre zwar auf einem historischen Tiefstand, aber auf etwa demselben Niveau lag wie zu Beginn der siebziger Jahre (8), und ab 1991 wieder eine steigende Tendenz aufweist.

Tabelle 1

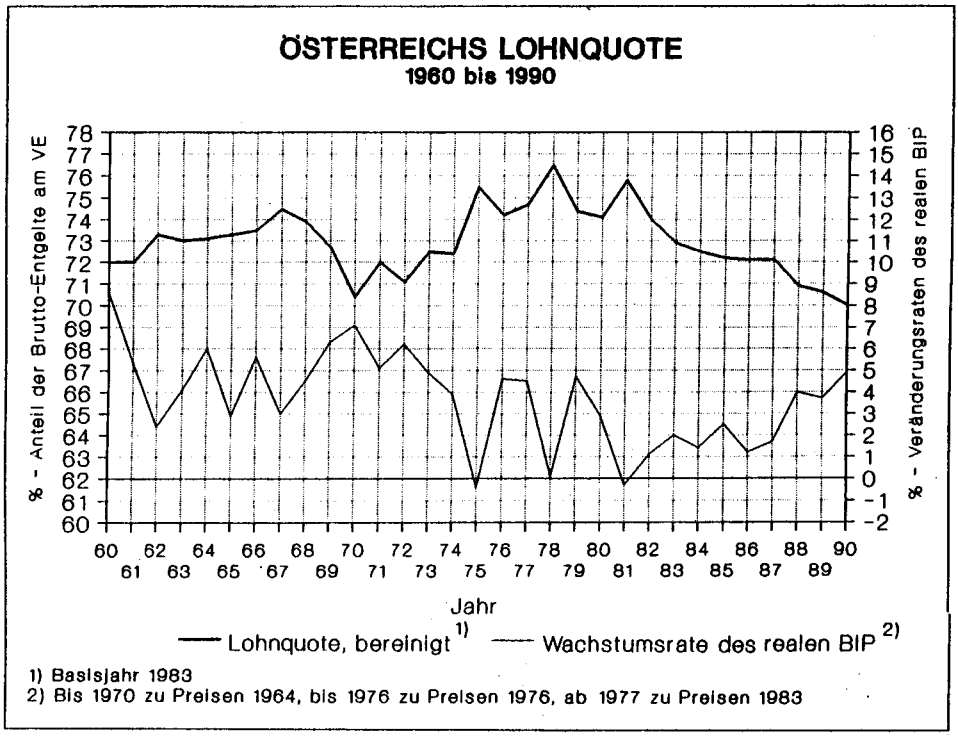
Österreichs Lohnquote 1954–1990

	Lohnquote (1) nominell	Lohnquote (1) bereinigt (2)	Wachstumsrate des realen BIP (3)
1954	60,1	77,7	18,6
1955	59,7	75,5	11,5
1956	60,5	75,5	6,2
1957	60,5	74,6	5,8
1958	60,7	74,5	3,7
1959	61,1	74,4	3,1
1960	59,9	72,0	8,6
1961	60,4	72,0	5,3
1962	62,1	73,3	2,4
1963	62,3	73,0	4,1
1964	62,9	73,1	6,0
1965	64,0	73,3	2,9
1966	65,0	73,5	5,6
1967	66,3	74,5	3,0
1968	66,0	73,9	4,5
1969	65,5	72.7	6,3
1970	64,0	70,4	7,1
1971	66,5	72,0	5,1
1972	66,7	71,1	6,2
1973	69,4	72,5	4,9
1974	70,0	72,4	3,9
1975	73,3	75,5	–0,4
1976	72,3	74,2	4,6
1977	73,6	74,7	4,5
1978	75,8	76,5	0,1
1979	74,0	74,4	4,7
1980	74,0	74,1	2,9
1981	75,9	75,8	–0,3
1982	74,0	74,0	1,1
1983	72,9	72,9	2,0
1984	72,7	72,5	1,4
1985	72,6	72,2	2,5
1986	72,8	72,1	1,2
1987	72,9	72,1	1,7
1988	71,9	70,9	4,0
1989	71,9	70,6	3,7
1990	71,6	70,0	4,9

(1) 1954 und 1955 erhöht, da Löhne der USIA-Betriebe enthalten sind, nicht aber deren Gewinne im Volkseinkommen.
(2) Basisjahr 1983
(3) Bis 1970: zu Preisen 1964, bis 1976: zu Preisen 1976, ab 1977: zu Preisen 1983
Quelle: ÖStZ, eigene Berechnungen

Abbildung 1

Österreichs Lohnquote 1960 bis 1990



Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Untersuchung der Fragen:

- ob die Lohnquotenentwicklung in Österreich in den achtziger Jahren typisch für vergleichbare europäische Länder ist, wobei Belgien, Finnland, Niederlande und Schweden als in Entwicklungsstand und Größe vergleichbar herangezogen wurden; darüber hinaus auch die BRD, die zwar von Struktur und Größe nicht in dieses Sample paßt, die aber traditionell immer wieder als Vergleichsmaßstab herangezogen wird. Die Schweiz konnte in Ermangelung von Daten nicht in den Vergleich miteinbezogen werden.
- Welche Bestimmungsgründe für vom österreichischen Muster abweichende Entwicklungen verantwortlich sind, und
- welche Schlüsse aus den Daten über die Lohnquotenentwicklung auf reale Veränderungen der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer gezogen werden können und dürfen.

Zum verwendeten Datenmaterial sei angemerkt, daß in den Vergleichstabellen die jeweils aktuellsten OECD-Publikationen aus dem Jahr 1991 herangezogen wurden. Dies gilt aus Gründen der Vergleichbarkeit auch für Österreich und Deutschland, obwohl für diese beiden Länder bereits aktuellere nationale Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorliegen. Während diese für Österreich nur geringfügige Änderungen ab dem Jahr 1987 enthalten, führte die grundle-

gende Revision der deutschen VGR, die bis zum Jahr 1950 zurückgerechnet wurde, zu einer massiveren Reduktion der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (9). Deshalb werden nachfolgend fallweise auch die Daten der nationalen VGRs neben den OECD-Daten angeführt.

2. Nominelle Lohnquoten

Als erster Schritt wird die Entwicklung des Anteils der Bruttoentgelte aus unselbständiger Arbeit am Nettonationalprodukt zu Faktorkosten (= Volkseinkommen), also die nominelle Lohnquote einzelner Länder gegenübergestellt (Tabelle 2). Diese Bruttoentgelte enthalten neben den Abzügen, die den Arbeitnehmern erwachsen (wie Lohnsteuer und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung), auch den sogenannten „Soziallohn", nämlich die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, imputierte Pensionsbeiträge des Staates und der finanziell integrierten öffentlichen Betriebe (10) und private Firmenpensionen.

Bei der Betrachtung der Entwicklung der nominellen Lohnquoten (Tabelle 2) fallen zwei Länder besonders auf. Erstens *Schweden,* das als einziges Land zu Beginn der achtziger Jahre eine Lohnquote über 80 Prozent auswies, die bis 1989 nur marginal zurückging, und zweitens *Finnland,* dessen Lohnquote im Jahre 1980 mit 74,5 Prozent zwar etwa auf dem Niveau der übrigen Vergleichsländer lag, das aber als einziges Land im Beobachtungszeitraum einen Anstieg der Lohnquote verzeichnete.

Von den übrigen Ländern, deren Lohnquoten 1980 zwischen 72,9 Prozent *(Niederlande)* und 74,0 Prozent *(Belgien, Österreich)* – bzw. 75,8 Prozent (BRD nach redivierter Rechnung) – lagen, fiel der Rückgang der Lohnquote in den achtziger Jahren in Österreich (auf 71,3 Prozent) mit Abstand am geringsten aus, während diese in den übrigen Ländern auf 65,0 (Niederlande) bis 67,2 (BRD) absank.

Die Veränderung der nominellen Lohnquote (Tabelle 3) zwischen 1980 und 1989 lag in den einzelnen Ländern zwischen + 1,7 (Finnland) und – 8,6 (Belgien) Prozentpunkten. In Schweden (– 0,7 Prozentpunkte) und Österreich (– 2,7 Prozentpunkte) fiel der Rückgang gegenüber der BRD (– 6,3 Prozentpunkte), Niederlande (– 7,9 Prozentpunkte) und Belgien relativ bescheiden aus.

3. Bereinigte Lohnquoten

Ein Vergleich der bereinigten Lohnquoten (Tabellen 2 und 3), bei denen der Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen eines Basisjahres, in diesem Fall 1983, konstant fortgeschrieben wird, zeigt, daß diese Größe in allen Vergleichsländern schrumpfte:

In Finnland (– 0,4 Prozentpunkte) und Schweden (– 1,5 Prozentpunkte) relativ gering, in Österreich (– 4,1 Prozentpunkte) etwas deutlicher,

Tabelle 2

Internationaler Lohnquotenvergleich 1980–1989

	NNP zu Faktorkosten (= Volks-einkommen)	Brutto-entgelte	Unselb-ständige	Erwerbs-tätige	Unselbst.-Anteil	Lohn-quote nomi-nell	Lohn-quote bereinigt Basis 1983
	in Mio. Landeswährung		in 1.000		in %		
Belgien							
1980	2.823.290	2.087.927	3.094	3.700	83,62	74,0	72,9
1983	3.309.446	2.406.708	2.924	3.546	82,46	72,7	72,7
1987	4.197.251	2.894.977	2.953	3.600	82,03	69,0	69,3
1989	4.843.385	3.169.318	3.046	3.712	82,06	65,4	65,8
Finnland							
1980	140.918	105.025	1.928	2.256	85,46	74,5	74,8
1983	200.190	149.098	1.978	2.305	85,81	74,5	74,5
1987	279.534	214.993	2.008	2.301	87,27	76,9	75,6
1989	348.471	265.540	2.033	2.312	87,93	76,2	74,4
Niederlande							
1980	271.610	197.960	4.182	4.807	87,00	72,9	72,6
1983	308.470	209.810	3.925	4.531	86,63	68,0	68,0
1987	343.370	232.180	4.143	4.755	87,13	67,6	67,2
1989	376.480	244.650	4.285	4.899	87,47	65,0	64,4
Schweden							
1980	416.192	338.440	3.908	4.270	91,52	81,3	81,4
1983	537.159	423.525	3.873	4.229	91,58	78,8	78,8
1987	757.736	597.974	4.038	4.376	92,28	78,9	78,3
1989	906.565	730.861	4.148	4.488	92,42	80,6	79,9
BRD							
1980	1.148.600	844.410	23.818	26.980	88,28	73,5	73,6
1983	1.286.240	920.910	23.197	26.251	88,37	71,6	71,6
1987	1.565.290	1.083.440	24.034	27.050	88,85	69,2	68,8
1989	1.751.810	1.176.640	24.651	27.635	89,20	67,2	66,5
Österreich							
1980	737.480	545.630	2.792,6	3.277	85,22	74,0	74,1
1983	881.490	642.440	2.727,0	3.195	85,35	72,9	72,9
1987	1.079.353	792.734	2.776,8	3.216	86,34	73,4	72,6
1989	1.228.492	876.228	2.840,5	3.267	86,95	71,3	70,0

Quelle: OECD, National Accounts, eigene Berechnungen

Revidierte VGR

BRD							
1980	1.139.580	863.880	23.818	26.980	88,28	75,8	75,9
1983	1.278.100	953.440	23.197	26.251	88,37	74,6	74,6
1987	1.550.000	1.124.700	24.034	27.050	88,85	72,6	72,2
1989	1.734.240	1.221.480	24.651	27.635	89,20	70,4	69,8
1990	1.869.730	1.312.610	25.458	28.423	89,57	70,2	69,3
Österreich							
1980	737.480	545.630	2.793	3.277	85,23	74,0	74,1
1983	881.480	642.440	2.727	3.195	85,35	72,9	72,9
1987	1.006.840	792.730	2.777	3.216	86,35	72,9	72,1
1989	1.217.570	875.840	2.840	3.267	86,93	71,9	70,6
1990	1.316.050	942.660	2.906	3.328	87,32	71,6	70,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, ÖStZ, eigene Berechnungen

und in den übrigen Ländern mit Rückgängen von – 7,1 Prozentpunkten (Belgien, BRD) und – 8,2 Prozentpunkten (Niederlande) sogar sehr kräftig. Nach der jüngsten Revision der österreichischen VGR fällt der Rückgang mit 3,5 Prozentpunkten noch etwas geringer aus und läßt Österreich diesbezüglich somit näher an die derzeit vorliegenden Werte der skandinavischen Länder heranrücken.

Tabelle 3
Lohnquotenveränderung 1980–1989 in Prozentpunkten

	nominell	bereinigt
Belgien	–8,6	–7,1
Finnland	+1,7	–0,4
Niederlande	–7,9	–8,2
Schweden	–0,7	–1,5
BRD	–6,3	–7,1
Österreich	–2,7	–4,1
Revidierte VGR:		
BRD	–5,4	–6,1
Österreich	–2,1	–3,5

Quelle: OECD-National Accounts, eigene Berechnungen

Nur in Belgien, das als einziges Land einen Rückgang des Unselbständigenanteils an den Erwerbstätigen aufweist, fiel demzufolge die Entwicklung der bereinigten Lohnquote etwas günstiger aus als die der nominellen Lohnquote. In den übrigen Ländern dagegen bewirkte der Anstieg des Unselbständigenanteils, daß die um diese Anteilsverschiebung bereingte Lohnquote eine ungünstigere Entwicklung als die nominelle verzeichnete.

4. Erklärungsansätze

● Für das Phänomen des hohen absoluten Niveaus der Lohnquote in Schweden kann der enorm hohe Unselbständigenanteil als Erklärung dienen (vgl. Tabelle 2). Dieser lag 1989 in Schweden bereits über 92 Prozent, während er in den übrigen Ländern mit Ausnahme Belgiens zwischen 87 und 89 Prozent lag, in Belgien dagegen mit 82 Prozent um volle 10 Prozentpunkte unter dem schwedischen Wert. Der hohe Unselbständigenanteil in Schweden ist nicht zuletzt auf den Rekordwert bei der Frauenerwerbsquote (vgl. Tabelle 4) in diesem Land zurückzuführen, der seit 1988 über 80 Prozent liegt und damit an der Spitze aller OECD-Länder (11). Im Jahr 1989 erreichten neben

Schweden nur Dänemark, Island und Finnland Werte über 70 Prozent, der Durchschnitt OECD-Europas sowie der EG lag bei knapp 53 Prozent. Österreich liegt gemeinsam mit Deutschland etwas über diesem Durchschnitt, Belgien und die Niederlande knapp darunter (12).

Tabelle 4

Frauenerwerbsquote (in % von 15 bis 64 Jahren)

	1980	1989
Belgien	47,0	51,6
Finnland	70,1	73,3
Niederlande	35,5	51,0
Schweden	74,1	80,5
BRD	51,4	54,7
Österreich	48,7	54,4

Quelle: OECD-Historical Statistics

- Eine weitere Ursache für die Entwicklung der nominellen Lohnquote kann im Potential der aus der Landwirtschaft in die unselbständige Beschäftigung wechselnden Erwerbstätigen (Tabelle 5) liegen. Rothschild konstatierte schon 1971, daß in Ländern, in denen die Landwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund des bereits erreichten Industrialisierungsgrades nur eine geringe Rolle spielte (wie Großbritannien), auch die nominelle Lohnquote langsamer anstieg als in Ländern, die im Zuge des Industrialisierungsprozesses noch eine größere Zahl von Unselbständigen aus der Landwirtschaft rekrutieren konnten (13). Die Zahlen aus Tabelle 5 stützen diese These: Je größer der Anteil der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen zu Beginn der achtziger Jahre war, desto größer war auch der Rückgang dieses Anteils in Prozentpunkten bis 1989. Die Liste wird angeführt von Finnland, das mit Abstand an der Spitze liegt, gefolgt von Österreich, Schweden und der BRD. Und diese Rangfolge stimmt auch fast exakt überein mit der Reihung nach der Entwicklung der nominellen Lohnquote.

- Die Lohnquote bezieht sich auf eine Bruttogröße, d. h. sie enthält nicht nur die Lohnsteuer und die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, sondern auch die Arbeitgeberbeiträge (inkl. Imputationen; vgl. Anmerkung 10). Letztere werden in internationalen Statistiken gesondert ausgewiesen und können als Indikator für die Entwicklung der gesamten Sozialversicherungsbeiträge herangezogen werden. Zieht man die Arbeitgeberbeiträge von den Bruttoentgelten für unselbständige Arbeit ab, so erhält man die Bruttolohn- und -gehaltssumme.

Tabelle 5

Erwerbstätigenanteil der Landwirtschaft

in	1980	1989	Veränderung in Prozentpunkten
Belgien	3,2	2,8	–0,4
Finnland	13,5	8,9	–4,6
Niederlande	4,9	4,7	–0,2
Schweden	5,6	3,6	–2,0
BRD	5,3	3,7	–1,6
Österreich	10,5	8,0	–2,5

Quelle: OECD-Historical Statistics

Tabelle 6

Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

	Anteil der Arbeitgeberbeiträge an Bruttoentgelten (in%)		Bruttoentgelte	Arbeitgeberbeiträge	Bruttolohn- und -Gehaltssumme
	1980	1989	Steigerung 1980–1989 in %		
Belgien	21,0	25,1	51,8	81,2	44,0
Finnland	18,5	19,4	152,8	165,0	150,1
Niederlande	23,2	21,4	23,6	14,2	26,4
Schweden	27,0	27,4	115,9	118,7	114,9
BRD	18,3	19,4	39,3	48,1	37,4
Österreich	16,9	18,5	60,6	76,0	57,5

Quelle: OECD, National Accounts, eigene Berechnungen

Ein Vergleich der Anteile der Arbeitgeberbeiträge an den Bruttoentgelten (Tabelle 6) zeigt, daß dieser in Schweden mit 27 Prozent ebenfalls zum hohen absoluten Niveau der Lohnquote in diesem Land beiträgt, wobei auch die Imputationen für die Pensionen der großen Zahl öffentlicher Bediensteter (siehe Tabelle 7) zu Buche schlagen. Am zweithöchsten ist er mit 25 Prozent in Belgien, wo er auch zwischen 1980 und 1989 am stärksten ausgeweitet wurde. Beachtlich ist, daß trotz dieser Ausweitung die belgische Lohnquote in den achtziger Jahren drastisch zurückging. Die Niederlande sind das einzige Ver-

Tabelle 7

Anteil der öffentlichen Verwaltung an der Erwerbstätigkeit in %

	1980	1989
Belgien	18,9	19,9
Finnland	17,8	21,9
Niederlande	14,9	15,1
Schweden	30,4	31,8
BRD	14,6	15,5
Österreich	17,3	20,7

Quelle: OECD-Historical Statistics

gleichsland mit einer rückläufigen Tendenz des Arbeitgeberanteils, was somit die kräftige Reduktion der Lohnquote noch verstärkte. Die übrigen Länder weisen Arbeitgeberbeitragsanteile an den Bruttoentgelten von knapp unter 20 Prozent auf, jeweils mit leicht steigender Tendenz, wobei in Österreich der Anteil mit 18,5 Prozent am geringsten war (1989). Für die unterschiedliche Entwicklung der Lohnquoten (Finnland: steigend, Österreich: leichter Rückgang, BRD: stärkerer Rückgang) kann in diesen Ländern die Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen daher nicht verantwortlich gemacht werden.

5. Lohnquote und gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In diesem Abschnitt wird die Entwicklung einiger makroökonomischer Indikatoren (Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Beschäftigung, Produktivität) und der Wettbewerbsfähigkeit, gemessen an den Unit Labour Costs in der Industrie (vgl. Tabelle 8), gegenübergestellt.

Finnland verzeichnete in den achtziger Jahren hinter Japan das zweitstärkste Wirtschaftswachstum aller Industrieländer (im gesamten OECD-Raum lag auch noch die Türkei vor Finnland). Das kumulierte reale BIP-Wachstum zwischen 1980 und 1989 fiel mit ca. 36 Prozent doppelt so hoch aus wie in den übrigen Vergleichsländern. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wurde in diesem Zeitraum um 5,4 Prozent relativ kräftig ausgeweitet, allerdings nur im Dienstleistungssektor, während die Beschäftigung im sekundären Sektor rückläufig war. Die kräftigste Beschäftigungsausweitung verzeichneten Finanzdienstleistungen sowie Rechts- und Wirtschaftsdienste mit + 40 Prozent, gefolgt von persönlichen sowie öffentlichen Dienstleistungen mit rund 25prozentigen Zuwächsen. Die Arbeitslosenrate sank im Betrachtungszeitraum von 4,7 auf 3,5 Prozent. Allerdings verschlechterte sich die relative

Tabelle 8

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

	Arbeitslosenrate	Wachstum des realen BIP (in %)	Produktivität 1980–1990	Unselbständig Beschäftigte 1980–1990	Unselbständig Beschäftigte 1983–1990	Unit Labour Costs in der Industrie 1979–1989	Relative ULC in einheitl. Währung Indexstand 1991 (1987 = 100)
			Durchschn. jährliche Veränderung in Prozent				
Belgien							
1980	7,9	} 17,1					
1989	9,3						
1990	8,8	3,7					
1991	9,4	1,4					
1992	9,7	2,0	1,8	–1,6	4,2	0,8	95
Finnland							
1980	4,7	} 35,8					
1989	3,5						
1990	3,5	0,4					
1991	7,7	–5,2					
1992	9,8	–0,4	2,6	5,4	2,8	4,7	111
Niederlande							
1980	4,1	} 15,3					
1989	7,4						
1990	6,5	3,9					
1991	6,1	2,2					
1992	6,4	1,8	–0,4	2,5	9,2	0,3	92
Schweden							
1980	1,6	} 20,4					
1989	1,4						
1990	1,5	0,3					
1991	1,7	–1,2					
1992	4,1	0,2	1,3	6,1	7,1	6,5	115
BRD							
1980	2,5	} 18,0					
1989	5,6						
1990	5,1	4,4					
1991	4,6	3,2					
1992	5,0	1,8	1,5	3,5	6,3	2,9	98
Österreich							
1980	1,6	} 18,9					
1989	3,1						
1990	3,3	4,9					
1991	3,4	2,8					
1992	3,8	2,6	2,0	1,7	4,2	1,6	90

Quelle: OECD, Economic Outlook, Historical Statistics; Guger (1992)

Wettbewerbsfähigkeit der finnischen Wirtschaft insbesondere in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, und zu Beginn der neunziger Jahre ist die finnische Wirtschaft von einer der stärksten Rezessionen eines westlichen Industrielandes in der Nachkriegszeit betroffen. 1991 sank das reale BIP um über 5 Prozent, und die Arbeitslosenrate schnellte auf 7,7 Prozent hinauf. Im Falle Finnlands war also eine Periode relativ kräftigen Wirtschaftswachstums mit einer steigenden nominellen und nur minimal sinkenden bereinigten Lohnquote verbunden. Die Entwicklung der finnischen Wirtschaft in den achtziger Jahren dürfte allerdings nicht typisch für Aufschwungphasen in kleinen, hochentwickelten Industrieländern sein, wie auch die momentane schwere Krise belegt.

Schweden wies unter den Vergleichsländern mit 20,4 Prozent das zweithöchste reale BIP-Wachstum in den achtziger Jahren auf, wenn auch nur gut halb so hoch wie in Finnland. Die übrigen Daten zeigen deutliche Parallelen zur finnischen Entwicklung: Die Beschäftigung wurde mit 6,1 Prozent am stärksten von allen Vergleichsländern erhöht, aber auch die relative Wettbewerbsposition Schwedens verschlechterte sich am kräftigsten. Im Jahr 1990 belief sich das reale BIP-Wachstum nur noch auf 0,3 Prozent, 1991 wurde es sogar negativ. Die Arbeitslosenrate, die noch bis 1991 auf 1,7 Prozent praktisch konstant gehalten werden konnte, explodiert lt. OECD-Prognose im Jahr 1992 auf 4,1 Prozent. Auch in Schweden waren die achtziger Jahre geprägt von einer relativ günstigen Entwicklung von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungswachstum und Lohnquote, gefolgt von einer scharfen Rezession zu Beginn der neunziger Jahre.

Belgien verzeichnete mit 17,1 Prozent in den Jahren 1980–1989 ein relativ schwaches Wirtschaftswachstum und als einziges Vergleichsland einen Rückgang der Zahl der unselbständig Beschäftigten, der allerdings auf die Entwicklung zu Beginn der achtziger Jahre zurückzuführen ist. Seit dem Tiefpunkt im Jahr 1984 zeigt die Beschäftigung wieder eine leicht steigende Tendenz, doch lag die Zahl der unselbständig Beschäftigten zum Ende des Jahrzehnts immer noch niedriger als am Anfang. Es verwundert daher nicht, daß erstens die Lohnquote in Belgien kräftig zurückging, und zweitens die relativ hohe Arbeitslosenrate von 7,9 Prozent (1980) auf 9,3 Prozent (1989) weiter anstieg.

In den *Niederlanden* ging in den achtziger Jahren ein eher schwaches Wirtschaftswachstum (1980–1989: + 15,3 Prozent) mit einem deutlichen Rückgang der Lohnquote einher, und dies, obwohl sich die Zahl der Unselbständigen von 1980 bis 1989 um 2,5 Prozent, seit dem Tiefpunkt 1983/84 sogar um knapp 10 Prozent ausweitete. Die Arbeitslosenrate stieg von 1980 bis 1989 von 4,1 auf 7,4 Prozent und ging daraufhin wieder auf gut 6 Prozent zurück. Ebenso wie die belgische Wirtschaft konnten die Niederlande ihre Wettbewerbsfähigkeit gemessen an der relativen Arbeitskostenposition gegen Ende der achtziger Jahre verbessern und begannen die neunziger Jahre mit durchschnittlichen Wirtschaftswachstumsraten.

In der *BRD* fiel das Wirtschaftswachstum mit real + 18 Prozent zwischen 1980 und 1989 für die Vergleichsländer etwa durchschnittlich aus, erst seit 1988 wächst die deutsche Wirtschaft wieder mit Raten über 3 Prozent. Trotz des 3,5prozentigen Beschäftigungszuwachses stieg die Arbeitslosenrate von 2,5 Prozent (1980) auf 5,6 Prozent (1989), um dann wieder geringfügig zu sinken. Gegen Ende der achtziger Jahre verbesserte sich die relative Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft bei einem relativ schwachen Anstieg der Arbeitskosten, und die Ausgangslage zu Beginn der neunziger Jahre kann als relativ befriedigend angesehen werden.

In *Österreich* lag das BIP-Wachstum in den achtziger Jahren mit 18,9 Prozent um knapp einen Prozentpunkt über dem der BRD. Obwohl sich die Arbeitslosenrate gegenüber ihrem Wert von 1980 (1,6 Prozent) bis 1989 fast verdoppelte, bedeutet dies sowohl vom Niveau als auch von der Dynamik her im internationalen Vergleich eine äußerst günstige Position. Im Jahr 1992 wird sogar die schwedische Arbeitslosenrate über der Österreichs liegen. Der Beschäftigungszuwachs fiel in Österreich mit 1,7 Prozent (1980–1989) mit Ausnahme Belgiens am schwächsten aus, was vor allem auf die Beschäftigungsreduktion bis zum Tiefstand im Jahr 1983 zurückzuführen ist. Insbesondere im jüngsten Konjunkturaufschwung ab 1988, seit auch das reale BIP-Wachstum wieder über dem Durchschnitt OECD-Europas liegt, nahm die Beschäftigung wieder kräftig zu. Der Rückgang der Lohnquote, der erst mit der Konjunkturbeschleunigung ab 1988 eintrat, fiel nur in den beiden skandinavischen Ländern schwächer aus als in Österreich. Dabei stieg die Beschäftigung in Österreich seither wieder kräftiger, und die Arbeitslosenrate blieb auf international extrem günstigem Niveau. Trotz der relativ deutlichen Erhöhung der realen Stundenlöhne in der Industrie (gleichauf mit der BRD, nur von Finnland übertroffen – vgl. Tabelle 9), weist diese in Österreich die massivste Verbesserung der relativen Wettbewerbsposition von allen Vergleichsländern auf.

6. Lohnquote und Lage der Arbeitnehmer

Da die achtziger Jahre – insbesondere wenn sechs Länder verglichen werden – nicht exakt einen oder mehrere Konjunkturzyklen umfassen, konnte im internationalen Vergleich die These der antizyklischen Lohnquotenentwicklung nicht bestätigt werden, die aber für Österreich – nicht zuletzt aufgrund der in Abschnitt 1 dargestellten Charakteristik der Einkommenspolitik – nach wie vor ihre Gültigkeit zu haben scheint. Erschwert wurde der Nachweis dieser These durch die Tatsache, daß in den achtziger Jahren keine allzu ausgeprägten Konjunkturschwankungen auftraten: Bis 1987 lagen die realen BIP-Wachstumsraten der verglichenen Länder relativ knapp unter dem langfristigen Wachstumstrend, und erst 1988 trat – mit der Ausnahme Schwedens – eine deutlichere Wachstumsbeschleunigung ein.

Tabelle 9

Einkommen der Unselbständigen

	Realer Stundenlohn in der Industrie Jahresdurchschnitt der Veränderung 1979–1989	Indexstände 1989 (1980 = 100) Volks-einkommen (1)	Bruttoentgelte pro Unselbständigen (2)	(2) : (1)	Lohn/Einkommens-relation*) 1980	1989	1990
Belgien	0,1	171,6	154,2	89,9	88,5	79,7	
Finnland	2,0	247,3	239,8	97,0	87,2	86,7	
Niederlande	0	138,6	120,6	87,0	83,8	74,3	
Schweden	0,5	217,8	203,5	93,4	88,8	87,2	
BRD	1,3	152,5	134,6	88,3	83,3	75,3	
Österreich	1,3	166,6	157,9	94,8	86,8	82,0	
Revidierte VGR:							
BRD		164,1	142,2	89,8	85,7	78,9	(78,4)
Österreich		178,5	166,0	95,6	86,8	82,7	(82,0)

*) Lohnquote/Unselbständigenanteil (= Verhältnis von Durchschnittseinkommen der Unselbständigen zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnittseinkommen)

Quelle: OECD, National Accounts, Historical Statistics; eigene Berechnungen

Die achtziger Jahre, die demzufolge hier nicht als Zyklus, sondern als mittelfristige Beobachtungsperiode zugrunde lagen, waren in den europäischen OECD-Ländern eine Phase der Konsolidierung und Neuordnung. Zu Beginn der achtziger Jahre dämpften die Folgen des zweiten Erdölpreisschocks und ein hohes Zinsniveau die wirtschaftlichen Aktivitäten, und nach einigen Jahren der „Wellblechkonjunktur" prägten die Bemühungen um eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als Vorbereitung für die Realisierung des EG-Binnenmarktes, gestützt durch Realeinkommenszuwächse durch Dollar- und Rohölpreisverfall die wirtschaftliche Entwicklung. Somit waren die Arbeitnehmer in einer Periode der Liberalisierung und Deregulierung verstärkt mit Phänomenen wie Rationalisierungsdruck, Beschäftigungsreduktion und Bemühungen zur Kosteneinsparung konfrontiert.

Im Zuge dieser Umstrukturierung vollzog sich auch eine ausgeprägte Verschiebung in der Beschäftigungsstruktur. Generell läßt sich bemerken, daß im industriell-gewerblichen Sektor Arbeitsplätze abgebaut wurden, während der Dienstleistungssektor enorm an Bedeutung gewann (vgl. Tabelle 10). Dies betraf sowohl die Dienstleistungsbereiche mit hohem Einkommen (Finanzdienstleistungen, Rechts- und Wirtschaftsdienste etc.), als auch die Niedriglohnbereiche (wie Handel, Beherbergungs- und Gaststättenwesen, persönliche Dienste etc.).

Bedingt durch diese Strukturverschiebungen kann alleine aus der internationalen Lohnquotenentwicklung in den achtziger Jahren die These der langfristigen Konstanz der Lohnquote nicht gestützt werden. Die achtziger Jahre waren eine Periode des Absinkens der Lohnquoten, insbesondere der bereinigten.

Tabelle 10

Sektorale Erwerbstätigenanteile

	II. Sektor		III. Sektor	
	1980	1989	1980	1989
Belgien	25,2	21,2	62,1	68,7
Finnland	27,8	21,7	51,8	60,2
Niederlande	21,5	19,0	63,6	68,8
Schweden	24,2	21,9	62,2	67,0
BRD	34,6	31,6	51,0	56,5
Österreich	29,5	27,2	49,3	55,1
OECD-Europa	26,0	22,2	50,6	57,6

Quelle: OECD-Historical Statistics

Für die Entwicklung der Lohnquote im langfristigen Vergleich war neben dem verstärkten Wettbewerbsdruck und der Veränderung der Erwerbstätigenstruktur jedoch auch noch ein anderes Phänomen von Bedeutung, nämlich die Veränderung des Gewichts einzelner Komponenten der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung. Während das in einigen Studien festgestellte Anwachsen der nominellen Lohnquote bis in die siebziger Jahre vor allem auf die Abwanderung aus der Landwirtschaft zurückgeführt wurde (14), so setzt sich dieser Trend umso schwächer fort, je höher die bereits erreichte Entwicklungsstufe eines Landes ist (15). Dafür gewannen die Einkünfte aus dem Besitz von Finanz- und Realvermögen (wie Zinsen, Dividenden, Mieten) in den letzten Jahren enorm an Gewicht, daneben auch noch die Einkünfte aus freien Berufen.

Verantwortlich dafür ist die Tatsache, daß in mehr als vier Jahrzehnten des (fast) ungebrochenen Wirtschaftswachstums Vermögen ohne Störungen durch Kriege, Wirtschaftskrisen oder Hyperinflation akkumuliert werden konnten, die auch an die nachfolgende („Erben"-) Generation übertragen werden. Da bedauerlicherweise über diese Einkommenskategorien keine geeigneten international vergleichbaren Daten zur Verfügung stehen, soll hier beispielhaft die Entwicklung in Österreich dargestellt werden (Tabelle 11) (16).

Die Verdoppelung des Anteils der Einkünfte aus freien Berufen am Volkseinkommen bzw. Einkünften aus Besitz und Unternehmung seit 1955 fällt aufgrund der geringen Größe des Aggregates nicht so sehr ins Gewicht. Viel gravierender dagegen ist die Explosion der Einkünfte aus Vermögensbesitz. Diese spielten 1955 noch keine erwähnenswerte Rolle. Im Jahr 1990 entfielen auf diese Kategorie schon knapp 10 Prozent des gesamten Volkseinkommens bzw. über ein Viertel aller Einkünfte aus Besitz und Unternehmung, wobei sich diese Anteile in den letzten 15 Jahren etwa verdoppelten (vgl. dazu: Anhang)!

Tabelle 11
Entwicklung einzelner EBU-Komponenten in Österreich

	Anteil am Volkseinkommen in %		Anteil an den EBU	
	Vermögens-besitz	Freie Berufe	Vermögens-besitz	Freie Berufe
1955	0,4	1,6	1,1	3,9
1960	1,4	2,0	3,3	4,7
1965	1,9	2,3	5,2	6,1
1970	2,8	2,4	7,3	6,4
1975	4,0	2,5	13,4	8,4
1980	6,1	2,5	19,6	8,2
1985	8,8	2,7	26,0	7,9
1990	9,2	3,1	25,4	8,6

Quelle: OECD-Historical Statistics

Es liegt somit auf der Hand, daß ein Blick auf die Entwicklung der Lohnquote – sei es nominell oder bereinigt – kaum Aufschlüsse auf eine Veränderung der Verteilungsposition der Unselbständigen, insbesondere der Verteilung der unmittelbar im gewerblich-industriellen Produktionsprozeß entstehenden Einkommen, geben kann. Ein internationaler Vergleich von Lohnquoten bedarf einer tiefergehenden Analyse der dahinterstehenden Bestimmungsgründe, ohne die keine Aussagen über die Bedeutung der Lohnquote für die Stellung der Arbeitnehmer möglich sind.

Der internationale Lohnquotenvergleich ergab für alle sechs Länder nicht nur ein Sinken der bereinigten Lohnquote – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß –, sondern auch eine relative Verschlechterung anderer Verteilungsmaße (vgl. Tabelle 9), wie etwa der Lohn-Einkommensrelation (17) oder dem Verhältnis von Steigerung der Bruttoentgelte pro

Unselbständigen zu Steigerung des Volkseinkommens. All diese Maße zeigen in den Jahren 1980–1989 für die finnischen Arbeitnehmer trotz geringfügiger Verschlechterung noch die günstigsten Ergebnisse, gefolgt von Schweden und Österreich. In der BRD mußten sie größere Positionsverluste, und in Belgien und den Niederlanden mußten sie massive Einbrüche hinnehmen.

Zieht man die gesamtwirtschaftliche Lage, die strukturellen Hintergründe und die Konsequenzen für die Arbeitnehmer in den einzelnen Vergleichsländern in Betracht, so läßt sich eine grobe Einteilung der sechs Länder in drei Gruppen ableiten:

a) *Finnland, Schweden:* Diese beiden Länder wiesen bezüglich der Lohnquote die günstigste Entwicklung auf. Die gesamtwirtschaftliche Produktion entwickelte sich in Finnland äußerst dynamisch, allerdings verbunden mit relativ hoher Inflationsrate, in Schweden dagegen gemessen an diesen Größen ausgeglichener. Diesen beiden Ländern mit der besten Lohnquotenentwicklung sind drei Charakteristika gemeinsam: Die Arbeitnehmer konnten am Produktionsanstieg in Form von Einkommens- und Beschäftigungserhöhung relativ stark partizipieren; die internationale Wettbewerbsfähigkeit nahm gegen Ende der achtziger Jahre ab; zu Beginn der neunziger Jahre befinden sich beide Länder in einer tiefen Wirtschaftskrise mit negativem realem Wirtschaftswachstum und explodierenden Arbeitslosenraten. Ein kausaler Zusammenhang zwischen stabiler Lohnquote und schlechter gesamtwirtschaftlicher Performance besteht allerdings nicht, wie auch unten in Punkt c) nachgewiesen wird, da für die Entwicklung der Lohnquote all die vorne angeführten strukturellen Faktoren von entscheidender Bedeutung sind und die derzeitige Wirtschaftskrise in den beiden Ländern auch auf exogene Faktoren zurückzuführen ist (z. B. Finnland: RGW-Zusammenbruch).

b) *Belgien, Niederlande:* Diese beiden Länder verzeichneten die stärkste Reduktion der Lohnquote, und auch bezüglich anderer Einkommens- und Arbeitsmarktdaten schnitten die Arbeitnehmer in diesen Ländern am schlechtesten ab. In Belgien und den Niederlanden kann somit der starke Rückgang der Lohnquote als Indiz dafür genommen werden, daß die Umstrukturierungen in den achtziger Jahren hauptsächlich auf Kosten der Arbeitnehmer vorgenommen wurden, deren relative Verteilungsposition sich erheblich verschlechterte.

c) *BRD, Österreich:* Diese beiden Länder entwickelten sich in den achtziger Jahren am ausgewogensten. Zwar ging die Lohnquote in Österreich etwas stärker als in den skandinavischen Ländern, in der BRD noch deutlicher zurück. Beide Länder überstanden aber den Strukturwandel in den achtziger Jahren, ohne wie in Belgien und den Niederlanden die Situation Arbeitnehmer massiv zu belasten, und ohne wie Finnland und Schweden in eine tiefe Rezession zu schlittern. Bemerkenswert dabei ist, daß Österreich bezüglich fast aller Indikatoren der Tabellen 8 und 9 besser abschnitt als die BRD. Einzig die Zahl der Unselbständigen stieg in der BRD rascher, allerdings auch bei höherer

Arbeitslosigkeit, sowohl Niveau als auch Zuwachs betreffend. Die realen Pro-Kopf-Einkommen in der Industrie stiegen in beiden Ländern etwa parallel. Daß sich die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, bedingt durch den rascheren Produktivitätsfortschritt, viel deutlicher verbesserte als die der BRD, obwohl die Lohnquote in Österreich nur geringer absank, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß erstens aus dem Ausmaß der Reduktion der Lohnquote nicht automatisch auf eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft geschlossen werden kann, und daß zweitens eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wie die der Niederlande nicht nur auf Kosten der Arbeitnehmer zu erzielen ist.

7. Zusammenfassung

Ziel dieser Arbeit war die Untersuchung der Frage, ob aus einem internationalen Vergleich der Entwicklung der Lohnquoten allgemein gültige Rückschlüsse auf die Veränderung der Stellung der Arbeitnehmer im Verteilungsprozeß gezogen werden können. Untersucht wurde die Entwicklung der Lohnquote in den achtziger Jahren in Österreich, in der BRD als klassischem Vergleichsmaßstab für Österreich, und in Belgien, Finnland, den Niederlanden und Schweden als besser vergleichbare kleine, offene, hochentwickelte, europäische Industriestaaten.

Als Hauptergebnis ist festzuhalten, daß aus der Entwicklung von Lohnquoten nicht auf typische Konsequenzen für Arbeitnehmer geschlossen werden kann. Neben den methodischen Problemen der Einschränkung der Aussagekraft von Lohnquoten liegt dies an der Vielzahl von strukturellen Faktoren, die die Lohnquote beeinflussen. Als solche wurden Erwerbsquoten, Frauenerwerbsquoten, Bedeutung der öffentlich Bediensteten, Sozialabgaben, landwirtschaftlicher Sektor sowie Einkünfte aus Vermögensbesitz detaillierter dargestellt. Nur eine solche tiefergehende Analyse von Strukturmerkmalen kann eine sinnvolle Interpretation von Lohnquoten gewährleisten, die an sich – insbesondere bei kurzfristiger Betrachtung – nur ein unzulänglicher Maßstab für Verteilungsverschiebungen sind.

In den achtziger Jahren, einer Phase relativ schwachen Wirtschaftswachstums bei steigendem internationalem Konkurrenzdruck und Deregulierung, lassen sich bezüglich dieser Herausforderungen drei Bewältigungsmuster erkennen:

a) Finnland, Schweden: relativ stabile Lohnquoten, in Schweden aus Gründen der Erwerbsstruktur auch auf sehr hohem Niveau, verbunden mit sinkender Wettbewerbsfähigkeit und zu Beginn der neunziger Jahre in einer tiefen Rezession,
b) Belgien, Niederlande, die bei stark sinkenden Lohnquoten die Bürden der Strukturanpassung den Arbeitnehmern auferlegten,
c) BRD, Österreich, die die sowohl aus gesamtwirtschaftlicher als auch aus Arbeitnehmersicht ausgewogenste Entwicklung verzeichneten,

wobei Österreich trotz deutlich geringer gesunkener Lohnquote als in der BRD bezüglich maßgeblicher Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bessere Resultate als die BRD erzielen konnte.

Daraus ergibt sich, daß aus einer Veränderung der Lohnquote nicht auf eine verkehrt proportionale Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit geschlossen werden kann, wie es ein oberflächlicher Blick auf Typ a) und b) vermuten ließe, sondern daß eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auch zu erzielen ist, ohne die Belastungen auf die Arbeitnehmer zu überwälzen. Die Bedeutung Lohnquotenbeobachtung und -analyse liegt also weniger in der Ermittlung der relativen Verteilungsposition der Unselbständigen, vielmehr dient sie der Untersuchung langfristiger Verschiebungen in der Erwerbs- und Einkommensstruktur einer Volkswirtschaft.

Anhang: Methodische Anmerkungen zur „Lohnquote" (18)

Der aus dem internationalen System der Volkseinkommensrechnung abgeleitete Begriff „Lohnquote" als Anteil der Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit am Volkseinkommen spiegelt aus einer Reihe von methodischen Gründen, deren wichtigste nachfolgend dargestellt werden, die tatsächliche Position der Unselbständigen in der funktionellen Einkommensverteilung nur unzureichend wider:

- *Bereinigung.* Durch die bedeutenden Verschiebungen der Erwerbstätigenstruktur in den letzten Jahrzehnten (Abwanderung von vormals selbständig Erwerbstätigen aus Land- und Forstwirtschaft sowie Kleingewerbe und Kleinhandel in die unselbständige Erwerbstätigkeit) sowie durch rechtliche Faktoren (Anmeldung mithelfender Familienangehöriger nach steuer- und pensionsrechtlichen Änderungen) muß für Analysen der funktionellen Einkommensverteilung eine Bereinigung um diesen Beschäftigungsstruktureffekt durchgeführt werden. Dies geschieht in der Regel durch Konstanthalten und Fortschreibung der Beschäftigungsstruktur eines Basisjahres. Dabei tauchen nicht nur die unangenehmen Seiten jeder Indexstatistik (Konstanthalten der Gewichtung – vgl. dazu Fußnote 6 –, Wahl eines geeigneten Basisjahres usw.) auf, sondern folgendes Paradoxon:
  Die Summe aus bereinigter Lohn- und bereinigter „Gewinnquote" (als Anteil der EBU am Volkseinkommen) ist nur dann 1 (bzw. 100), wenn entweder die tatsächliche Beschäftigungsstruktur konstant bleibt, oder wenn das durchschnittliche Einkommen der Unselbständigen genau dem der Selbständigen entspricht. Dies deshalb, da das Bereinigungsverfahren den von der Verschiebung der Beschäftigungsstruktur ausgehenden Effekt auf das Gesamteinkommen außer acht läßt. Dadurch ist kein Nullsummenspiel mehr gegeben, d. h. die Ausweitung des Anteils eines Produktionsfaktors am Volkseinkommen ist auch ohne die Reduktion des Anteils der anderen Produktionsfakto-

ren möglich. Die detaillierte theoretische Analyse dieses Problems von Rainer (19) im Jahr 1983 führte dazu, daß das Österreichische Statistische Zentralamt seither in seinen Publikationen keine bereinigten Lohnquoten mehr ausweist.

- *Strukturänderung:* Änderungen der Wirtschaftsstruktur (neben denen der Beschäftigungsstruktur), der Arbeitszeiten, der Berufs- und Qualifikationsstruktur, von arbeitsrechtlichen Stellungen, die für die Analyse der funktionellen Einkommensverteilung von Bedeutung sind, werden nicht berücksichtigt.
- *Querverteilung:* Die Lohnquotenbetrachtung berücksichtigt nicht, daß ein Wirtschaftssubjekt aus mehreren Quellen Einkünfte beziehen kann. Die Zinseinkünfte von Arbeitnehmern und Pensionisten werden somit als EBU zum Bestandteil der Gewinnquote. Andererseits sind Kontrakteinkommen von Geschäftsführern und Spitzenmanagern mit Unternehmerfunktion Bestandteil der Lohnquote.
- *Imputationen:* Einer ganzen Reihe von VGR-Positionen werden Imputationen zugerechnet, die allerdings nicht immer gesondert ausgewiesen werden. Imputationen beziehen sich auf Produktionsvorgänge, denen keine effektiven Markttransaktionen gegenüberstehen, da der Produzent gleichzeitig Käufer ist. Auf der Verteilungsseite der VGR von besonderer Bedeutung sind einerseits die imputierten, also fiktiven Pensionsbeiträge der Hoheitsverwaltung, die den Bruttoentgelten für unselbständige Arbeit zugerechnet werden (vgl. Anmerkung 10), sowie die Imputationen für die Benutzung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, die in den Besitzeinkommen stecken. Diese werden den Eigentümern von Häusern und Wohnungen, die diese selbst bewohnen, zugerechnet, ohne daß in der Realität Zahlungsströme entstehen. Der genaue Anteil der Imputationen an den Besitzeinkommen läßt sich derzeit aus methodischen Gründen (noch) nicht direkt aus der VGR ermitteln, da keine getrennten Konten für Geschäfts- und Privatmieten existieren, aber nur letztere auf der Verteilungsseite den persönlichen Besitzeinkommen zugerechnet werden.
- *Schwankungsbereiche:* Eine Betrachtung der Lohnquotenentwicklung kann höchstens über längere Zeiträume hinweg Sinn ergeben, keinesfalls aber im Jahresabstand. Während sich beispielsweise in Österreich die Einkünfte der Unselbständigen mit relativ konstanten Wachstumsraten entwickeln (von 1980 bis 1990 lagen die Extremwerte bei 8,1 Prozent 1990 und 3,7 Prozent 1988), unterliegen die jährlichen Veränderungsraten einiger EBU-Komponenten einer wesentlich größeren Streuung. In den achtziger Jahren schwankten etwa die Zuwächse der Unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften zwischen 15,0 Prozent (1988) und 1,7 Prozent (1981), bei Einkünften aus Gewerbebetrieb zwischen 34,0 Prozent (1982) und –15,4 Prozent (1981), bei Besitzeinkommen zwischen 26,6 Prozent (1980) und 0,9 Prozent (1988).
- *Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (EBU):* Die EBU beinhalten alle Einkünfte außer den Bruttoentgelten für unselbständige Arbeit

mit Entgeltcharakter, als Empfänger kommen Kapitalgesellschaften, der Staat sowie private Haushalte in Betracht. Die EBU werden nicht originär ermittelt, sondern sie sind eine Residualgröße (Differenz von Bruttoentgelten und Volkseinkommen). Wenn auch einzelne Einkommensarten der EBU mittels Kontrollrechnungen gesondert ermittelt werden, so ergibt sich dennoch eine statistische Differenz, die gemeinsam mit allen nicht direkt erfaßbaren Einkommen den Einkünften aus Gewerbebetrieb zugerechnet wird. Die EBU sind somit mit wesentlich größeren Ungenauigkeiten behaftet als die Bruttoentgelte und stellen durch ihre Heterogenität keinen geeigneten Begriff der „Unternehmereinkommen" als Gegenpol zu den Bruttoentgelten der Unselbständigen dar. Darüber hinaus wird bei den EBU auch keine Realberechnung wie bei den Bruttoentgelten durchgeführt, da in Ermangelung von Informationen über die Einkommensverwendung der EBU kein einheitlicher Deflator existiert. Auch eine Pro-Kopf-Rechnung ist bei den EBU unzulässig, da einzelne Kategorien (Einkünfte des Staates, Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften) nicht personenbezogen sind, und da Einkünfte aus Vermögensbesitz auch Unselbständigen und Pensionisten zufließen können. In der Folge werden die einzelnen EBU-Komponenten kurz dargestellt:

- *Einkünfte des Staates:* Durch die Einbeziehung dieser Größe sind die EBU nicht als Einkünfte der selbständig Erwerbstätigen zu interpretieren. Einbezogen sind hier die Überschüsse bzw. Verluste der finanziell integrierten Bundes-, Landes- und Gemeindebetriebe, Zinsen für öffentliche Darlehen und Wertpapiere, Dividenden und Erträge aus Aktienbesitz und Beteiligungen sowie sonstige Erträge, nicht aber die Zinsen für die Staatsschuld sowie die mit öffentlichen Mitteln abgedeckten Verluste von ÖBB und Bundestheatern.
- *Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften:* Aus Bilanzen und Steuerstatistiken werden für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in dieser Kategorie die einbehaltenen Gewinne juristischer Personen, also nach Ausschüttung und vor Besteuerung, ermittelt. Die beiden Quellen lassen erahnen, daß diese Größe die tatsächliche Gewinnsituation der Kapitalgesellschaften nur unzulänglich widerspiegelt. Auch die Gewinne/Verluste der verstaatlichten Industrie sind hier enthalten, was wesentlich zur mäßigen Entwicklung dieser Größe in Österreich bis etwa 1987 beitrug.
- *Land- und Forstwirtschaft:* Wenn diese Größe auch in den achtziger Jahren erstaunlicherweise wieder rascher als das Volkseinkommen anstieg – und dies bei abnehmender Zahl der in diesem Bereich Tätigen (20) –, so verzeichneten die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft langfristig den stärksten Anteilsrückgang am Volkseinkommen. Jahrzehntelang – bis zur Explosion der Besitzeinkommen – waren Anteilszuwächse anderer Einkommenskategorien einzig auf diese Reduktion zurückzuführen. Auch in diesem Bereich wäre eine Bereinigung um die Verschiebung der Erwerbstätigenstruktur sinnvoll.
- *Gewerbebetrieb:* Diese Größe ist wohl die am schwierigsten interpre-

tierbare. Innerhalb der Restgröße EBU stellen die Einkünfte aus Gewerbebetrieb wiederum eine Residualgröße dar, die somit sowohl alle statistischen Differenzen zur Entstehungsrechnung als auch alle Ungenauigkeiten in der Erfassung aller anderen Größen enthält.
- *Freie Berufe:* Diesen Einkünften liegt die Einkommensteuerstatistik zugrunde, Repräsentationsgrad und Aussagekraft sind dementsprechend gering.
- Besitz von Real- und Finanzvermögen: Ein Interpretationsproblem dieser Kategorie liegt darin, daß auch die Einkünfte von Unselbständigen und Pensionisten – etwa Sparzinsen, Dividenden oder Mieteinkünfte, enthalten sind, und derzeit nicht einmal gesondert ermittelt werden kann, welcher Anteil der Einkünfte aus Finanzvermögen an private Haushalte und welcher an Unternehmen fließt. Ein noch größeres Problem liegt in der Imputation für Benutzung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen durch ihre Besizer, denen dafür fiktive Mieteinkünfte zugerechnet werden (siehe dazu oben: „Imputationen").

Anmerkungen

1 Vgl. dazu u. a. Bayer (1981) 46f.; Guger (1989) 187; Suppanz, Wagner (1981) 13; Streissler (1976) 46.
2 Streissler (1976) 46.
3 Vgl. dazu Blümle (1975) 144ff.
4 Guger (1989) 1987.
5 Szecsi (1970) 28, Delapina, Tischler (1986) 38.
6 Szecsi weist allerdings nicht zu unrecht darauf hin, daß „aus der größeren Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung . . . die in diesem Zusammenhang relevanten Strukturverschiebungen von dem Gesamtprozeß der industriellen Entwicklung gar nicht zu trennen sind, so daß man nach Ausschaltung aller Strukturfaktoren zwar sehr saubere Zahlenreihen erhält, aber die Wirklichkeit ebenso aus den Augen verliert wie bei einem Preisindex, dessen Gewichtungsschema man lange Zeit unverändert läßt". In: Szecsi (1970) 51.
7 Blümle (1975) 150.
8 Delapina (1992) 24.
9 Statistisches Bundesamt (1991).
10 Die Imputation ergibt sich aus der Differenz aus geleisteten Pensionsbeiträgen von und ausbezahlten Pensionen an öffentlich Bedienstete.
11 OECD Historical Statistics (1991) 39: Gemessen wurde der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen an der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren. Durch die länderweise unterschiedliche Erfassung von Teilzeitbeschäftigten können im internationalen Vergleich allerdings Verzerrungen auftreten.
12 Hinter diesem europäischen Durchschnitt verbirgt sich ein traditionelles Nord-Süd-Gefälle, weshalb der EG-Durchschnitt auch durch die jüngste Erweiterung um Griechenland, Spanien und Portugal reduziert wurde.
13 Vgl. Rothschild (1971) 48.
14 Vgl. dazu etwa Rothschild (1971) 39ff.; Suppanz, Wagner (1981) 21ff.
15 Vgl. dazu Tabelle 5.
16 Die diesbezüglich für die BRD vorliegenden Daten lassen vermuten, daß die Entwicklung der Besitzeinkünfte in Deutschland grundsätzlich ähnlich der österreichischen verlief, wobei aber schon früher höhere Niveaus erreicht wurden.

17 Die Lohn-Einkommens-Relation ergibt sich aus der Division der Lohnquote durch den Unselbständigenanteil und zeigt das Verhältnis zwischen dem Durchschnittseinkommen der Unselbständigen und dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnittseinkommen an.
18 Dieser Abschnitt erschien in kürzerer Form in: Delapina (1992).
19 Vgl. dazu Rainer (1985).
20 Vgl. Delapina (1992).

Literatur

Bayer, Kurt, Funktionelle Einkommensverteilung in Österreich 1954–1979, in: Suppanz, Wagner (1981).
Blümle, Gerold, Theorie der Einkommensverteilung (Berlin 1975).
Delapina, Thomas, Die Verteilung des österreichischen Volkseinkommens 1976–1986, in: Wirtschaft und Gesellschaft 13/4 (1987).
Delapina, Thomas, Die Verteilung des österreichischen Volkseinkommens 1983–1990, in: Wirtschaft und Gesellschaft 18/1 (1992).
Delapina, Thomas; Tischler, Wolfgang, Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1954–1984, in: Arbeit und Wirschaft 40/9 (1986).
Funke, Michael, Wachstumszyklen und funktionale Einkommensverteilung (München 1985).
Guger, Alois, Einkommensverteilung und Verteilungspolitik in Österreich, in: Abele, Nowotny, Schleicher, Winckler (Hrsg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik (Wien 1989).
Guger, Alois, Weltweit schwaches Einkommenswachstum und zunehmende Lohnunterschiede in den achtziger Jahren, in: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 65/2 (1992).
OECD, Economic Outlook 50 (Paris 1991).
OECD, Historical Statistics 1960–1989 (Paris 1991).
OECD, National Accounts 1977–1989 (Paris 1991).
Österreichisches Statistisches Zentralamt, Beiträge zur österreichischen Statistik, Österreichs Volkseinkommen (erscheint jährlich).
Rainer, Norbert, Zur Problematik bereinigter Lohnquoten, in: Beiträge zur österreichischen Statistik 825 (1986).
Rothschild, Kurt, Development of Income Distribution by Factor Shares in Western Europe (OECD: Paris 1971).
Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe S 15, Revidierte Ergebnisse 1950–1990 (Wiesbaden 1991).
Streissler, Erich, Sozialpartnerschaft und Gewinne, in: Wirtschaftspolitische Blätter 23/4 (1976).
Suppanz, Hannes; Wagner, Michael, Einkommensverteilung in Österreich (München 1981).
Szecsi, Maria, Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913–1967 (= Nr. III der Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 1970).
Teschner, Manfred, Vergleichende Betrachtungen der Einkommensverteilung in den großen westlichen Industrieländern, in: Konjunkturpolitik 37/6 (1991).